

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT
Postfach 10 05 10 | 01075 Dresden

Sächsischer Landtag
Vorsitzende des Ausschusses für
Umwelt und Landwirtschaft
Frau Simone Lang, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Durchwahl
Telefon +49 351 564-20000
Telefax +49 351 564-20007

poststelle@
smul.sachsen.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
11. Juni 2026

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
Z-1050/7/902

Antrag Fraktion (AfD-Fraktion)

Drs.-Nr.: 8/7267

Thema: Nahrungsmittelproduktion sicherstellen - EU-Emissionshandel abschaffen und Importzölle auf Düngemittel aus Russland aussetzen

Dresden, 19. JULI 2026

Der Landtag möge beschließen: Der Landtag möge beschließen,

- I. Der Landtag stellt fest, dass bezahlbare Düngemittel eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung der landwirtschaftlichen Erträge, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft sowie die mittel- und langfristige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sind. Die Düngerversorgung und die Preisstabilität sind infolge aktueller Verwerfungen an den internationalen Märkten und in den Lieferketten gefährdet, woraus sich Risiken für die Kalkulations- und Planungssicherheit der Betriebe ergeben.**
- II. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen,**
 - 1. dass das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) sowie die daraus resultierende Pflicht zum Erwerb von CO₂-Zertifikaten für die betroffenen Industrieanlagen, insbesondere in der chemischen Grundstoff- und Düngemittelproduktion, unverzüglich abgeschafft wird;**
 - 2. dass die Importzölle und sonstigen handelspolitischen Zusatzzölle auf Düngemittel aus der Russischen Föderation unverzüglich ausgesetzt bzw. aufgehoben werden, solange die Durchschnittspreise für Mineraldünger weiterhin deutlich über dem Niveau der Vorjahre liegen.**



Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Umwelt und Landwirtschaft
Wilhelm-Buck-Str. 4
01097 Dresden

www.smul.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

**Besucher- und
Schwerbehindertenparkplätze:**
Bitte beim Empfang Wilhelm-
Buck-Str. 4 melden.

Bitte beachten Sie die
allgemeinen Hinweise zur
Verarbeitung personenbezogener
Daten durch das Sächsische
Staatsministerium für Umwelt und
Landwirtschaft zur Erfüllung der
Informationspflichten nach der
Europäischen Datenschutz-
Grundverordnung auf
www.smul.sachsen.de



2026/39448

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung nehme ich zu dem Antrag wie folgt Stellung:

zu Ziffer I.:

Die sichere Versorgung mit Betriebsmitteln, wie unter anderem Düngemittel, ist eine wesentliche Grundlage der modernen Landwirtschaft. Krisen, wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine oder der Konflikt im Nahen Osten führen aufgrund der vielfältigen wirtschaftlichen Verflechtungen zu erheblichen globalen Verwerfungen der Betriebsmittelmärkte.

Düngemittel sind entscheidend für Ertragsstabilität und Qualität der pflanzlichen Erzeugung. Entsprechend bedarf es zur Sicherung einer hohen Eigenversorgung mit qualitativ hochwertigen Lebens- und Futtermitteln eines zuverlässigen und resilienten Zugangs zu erschwinglichen Düngemitteln. Einseitige Abhängigkeiten von außereuropäischen Lieferanten stehen diesem Ziel entgegen.

Die EU-Kommission hat im Mai 2026 einen Aktionsplan für Düngemittel (https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/6f114382-a7fe-4896-806f-0835f1987e5e_de, letzter Abruf am 8. Juli 2026) vorgeschlagen. Die vorrangigen Ziele dieser Initiative sind eine zeitnahe Unterstützung der von steigenden Düngemittelkosten betroffenen Landwirte, die Stärkung der heimischen Produktion der europäischen Düngemittelindustrie und eine Verringerung der Importabhängigkeit Europas.

Der Aktionsplan sieht sowohl kurzfristige Maßnahmen, die auf die plötzlichen geopolitischen Verwerfungen reagieren und den Zugang von Landwirten zu bezahlbaren Düngemitteln verbessern sollen, als auch längerfristige Maßnahmen, die den strukturellen Wandel der europäischen Wertschöpfungskette für Düngemittel und Nährstoffnutzung voranbringen sollen, vor und enthält folgende vier Hauptschwerpunkte:

- Verringerung der Importabhängigkeit,
- Steigerung der heimischen Produktion,
- Verbesserung der Düngemittelleffizienz sowie
- Förderung biobasierter und kohlenstoffarmer Alternativen.

Das Europäische Parlament hat diesen Vorschlag am 7. Juli 2026 angenommen. Die abschließende Beschlussfassung ist am 13. Juli 2026 im Rat für Landwirtschaft und Fischerei vorgesehen.

zu Ziffer II. 1.:

Die im Antrag angeführten krisenbedingten Preisbelastungen für landwirtschaftliche Betriebe sind ernst zu nehmen.

Auf EU-Ebene wurden daher bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen beziehungsweise vorgeschlagen:

- Für Düngemittel wurde eine Ausnahme von den CBAM-Standardberechnungsregeln vorgesehen, um die Auswirkungen des CBAM abzumildern. Statt eines Aufschlags von 10 Prozent, der für andere Sektoren schrittweise auf 30 Prozent steigen soll, wird für Düngemittel zunächst ein Aufschlag von 1 Prozent verwendet.
- Im Februar 2026 schlug die Kommission befristete zollfreie Zollkontingente für mehrere wichtige Stickstoffdünger sowie für Vorprodukte wie Ammoniak und Harnstoff vor.
- Im April 2026 verabschiedete die Kommission einen befristeten Beihilferahmen zur Unterstützung von Sektoren, die von der Krise im Nahen Osten betroffen sind, einschließlich der Landwirtschaft.
- Am 12. Juni 2026 schlug die Kommission vor, 540 Millionen Euro zur Unterstützung von Landwirtinnen und Landwirten bei gestiegenen Düngemittelkosten zu mobilisieren.

Hinzu kommt, dass sich die Energiemärkte infolge der gemeldeten Einigung zwischen den USA und Iran bereits teilweise entspannt haben. Ölpreise sind in den vergangenen Wochen deutlich gefallen.

Klimaschutz und wirtschaftlicher Wohlstand müssen miteinander vereint sein, um eine Deindustrialisierung Deutschlands und Europas zu verhindern. Es muss uns weiterhin gelingen, dass die Grundstoffindustrie in der EU wettbewerbsfähig ist. Daran hat sich auch der Übergang zu CO₂-armen industriellen Verfahren sowie ressourcenschonenderen Produktions- und Anwendungsweisen zu orientieren. Damit Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz auch in schwierigen Zeiten Hand in Hand gehen, hat die Wirtschaftsministerkonferenz auf Antrag Sachsens eine zielgerichtete und praktikable Fortentwicklung von Emissionshandel und Grenzausgleichsmechanismus gefordert (<https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1098580>; letzter Abruf am 10.07.2026).

zu Ziffer II. 2.:

Der völkerrechtswidrige Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine im Februar 2022 hat zu einem grundlegenden Kurswechsel in der Gestaltung der außenwirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Russland geführt. Diese Maßnahmen sollen die uneingeschränkte Beachtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Völkerrechts sowie der territorialen Integrität souveräner Staaten zum Ausdruck bringen.

Solange die Russische Föderation ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine fortsetzt und damit gegen fundamentale Prinzipien der internationalen Ordnung verstößt, befürwortet die Sächsische Staatsregierung die Sanktionen der Europäischen Union und unterstützt deren Ziel, den politischen und wirtschaftlichen Druck auf Russland aufrecht zu erhalten.

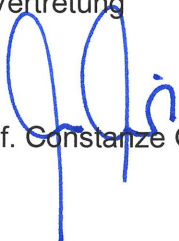


Im Übrigen hat Russland selbst in den vergangenen Monaten mit temporären Exportbeschränkungen und anderen Handelshemmnissen die Ausfuhren von Mineraldüngern beschränkt und damit zusätzliche Unsicherheiten an den Düngemittelmärkten provoziert. Vor diesem Hintergrund liegt es nicht im Interesse der Sächsischen Staatsregierung, neue Abhängigkeiten im Düngemittelbereich von Russland in Kauf zu nehmen.

Den Forderungen des Antrages unter Ziffer II.1. und Ziffer II. 2. folgt die Staatsregierung aus den genannten Gründen nicht.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'CGeiert', written over the printed name.

Prof. Constanze Geiert